

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. Dezember 1998**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	46, 47	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	34, 35
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	26, 48	Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU)	6
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU)	3, 4	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	42, 43
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	36, 37	Ostrowski, Christine (PDS)	5, 58
Flach, Ulrike (F.D.P.)	59	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	13, 25
Geis, Norbert (CDU/CSU)	27, 28	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	56, 57
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	7, 8	Pfeifer, Anton (CDU/CSU)	20, 21
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	19	Pofalla, Ronald (CDU/CSU)	29, 30
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	1, 2	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	44, 45
Hübner, Carsten (PDS)	11, 12	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Kahl, Harald (CDU/CSU)	54, 55	Schindler, Norbert (CDU/CSU)	40, 41
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	60, 61	Schmidt, Andreas (Mülheim) (CDU/CSU)	16, 17
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	38, 39	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	32, 53
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	18, 33	Tauss, Jörg (SPD)	23, 24
Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	49, 50	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	9, 10
Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	51, 52	Zierer, Benno (CDU/CSU)	22, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung in der 14. Legislaturperiode auf eine Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes hinzuwirken?
2. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Wenn ja, wird die Bundesregierung dann der Ankündigung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, folgen und in dem betreffenden Gesetzentwurf die Ausgleichsregelung für Land- und Forstwirte aufheben bzw. einschränken oder den Forderungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Karl-Heinz Funke, nachkommen, der wiederum die Ausgleichsregelung in unveränderter Form beibehalten will?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordnete
**Dr. Sabine
Bergmann-Pohl**
(CDU/CSU)
- Wie wird Deutschland bei der im Dezember 1998 geplanten Abstimmung der EU-Staaten im Ausschuß für Tierernährung über das Verbot von Antibiotika im Tierfutter abstimmen, und um welche Antibiotika handelt es sich?
4. Abgeordnete
**Dr. Sabine
Bergmann-Pohl**
(CDU/CSU)
- Wird die vom Bundesministerium für Gesundheit initiierte interministerielle Arbeitsgruppe ein generelles Verbot von Antibiotika im Tierfutter im Rahmen der Massentierhaltung in der Europäischen Union empfehlen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wird der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester – in Anbetracht der Tatsache, daß die Verhandlungen über den Verkauf von ca. 72 000 Wohnungen der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) bereits durch die ehemalige Bundesregierung unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung abgeschlossen wurden –, die Genehmigung für den Verkauf von ca. 72000 Wohnungen an private Käufer erteilen, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen?
6. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die bisherige Methode bei der Ermittlung der Arbeitslosenquote und/oder bei der Ermittlung der Zahl der Arbeitslosen zu ändern, und wenn ja, in welcher Art und Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordneter
Norbert Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)
- Wie steht der Bundesminister der Verteidigung zu den Plänen des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA), nach Berlin umzuziehen, vor dem Hintergrund des Berlin-Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994, in dem festgelegt ist, daß das Bundesministerium der Verteidigung mit dem ersten Dienstsitz und der gesamte Politikbereich Verteidigung in Bonn verbleiben, sowie angesichts der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages vom 20. Februar 1997 (Drucksache 13/7031) zur Petition 5-13-14-5821-027004, in der es heißt, daß sich aus der Geschichte des KMBA in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 der Päpstlichen Statuten für die Militärseelsorge in der deutschen Bundeswehr eindeutig ergebe, daß das KMBA dort seinen Sitz haben sollte, wo das Bundesministerium der Verteidigung seinen (ersten) Dienstsitz habe, und ist der Bundesminister bereit, den Umzug des KMBA zu stoppen?

8. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Sollte die Frage danach, ob der Bundesminister der Verteidigung bereit ist, den Umzug des KMBA zu stoppen, verneint werden, ist die Bundesregierung dann bereit, Mitarbeiter des KMBA in die bereits existierende überressortliche Stellenbörse im Rahmen der Personalwirtschaftlichen Gesamtkonzeption der Bundesregierung vom 29. Juni 1995 einzubinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

9. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Mittel aus welchen Haushaltstiteln hat die Bundesregierung bislang für Hilfen zugunsten der Opfer der vom Wirbelsturm „Mitch“ betroffenen Länder Zentralamerikas bereitgestellt?
10. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)
- Über welche Organisationen, vor allem Nichtregierungsorganisationen, kommen diese Mittel zum Einsatz, und wer übernimmt in den einzelnen Ländern die Koordination der internationalen Hilfeleistungen sowie der Wiederaufbauarbeit?
11. Abgeordneter
**Carsten
Hübner
(PDS)**
- Wie hoch ist der Betrag der für 1998 zugesagten Entwicklungshilfemittel der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit für Pakistan und Indien, deren Zahlung die Bundesregierung in Reaktion auf die Atomtestversuche Indiens und Pakistans im Frühsommer dieses Jahres ausgesetzt hatte, und sind die damals ausgesetzten Mittel in der Zwischenzeit an Indien bzw. Pakistan ausgereicht worden?
12. Abgeordneter
**Carsten
Hübner
(PDS)**
- Welchen Plan gibt es für den Fall, daß dies nicht geschehen ist, diese Mittel noch im Haushalt 1998 möglicherweise an andere Länder und in anderen Schwerpunktbereichen bzw. konkreten Projekten auszureichen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

13. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Was ist nach Auffassung der Bundesregierung unter einer „Reform der medialen Außenpräsentanz“ zu verstehen, die in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998, dort auf Seite 39, in Aussicht gestellt wurde, und wie will sie diese Reform umsetzen?
14. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)
- Wann hat das Bundeskabinett beschlossen, daß ein Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien bestellt wird, und daß dies Michael Naumann sein soll?
15. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)
- Ist der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Michael Naumann, Behördenchef, Vorgesetzter oder Dienstvorgesetzter?
16. Abgeordneter
**Andreas
Schmidt**
(Mülheim)
(CDU/CSU)
- In welchem Amts-, Dienst- oder Arbeitsverhältnis befindet sich der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Michael Naumann, zur Bundesrepublik Deutschland, und mit welchen finanziellen Bezügen einschließlich ergänzender Zusagen (wie z. B. Abfindung, Pension usw.)?
17. Abgeordneter
**Andreas
Schmidt**
(Mülheim)
(CDU/CSU)
- Wer ist sein Dienstvorgesetzter, und wer verantwortet seine Tätigkeit gegenüber dem Deutschen Bundestag im Sinne von Artikel 65 Satz 2 des Grundgesetzes?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

18. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- In welcher Art und Weise wird die Bundesregierung die Tibet-Resolution „Die Menschenrechtssituation in Tibet verbessern“ (Antrag auf Drucksache 13/4445; angenommen am 20. Juni 1996) in ihrer Politik gegenüber der Volksrepublik China aufgreifen und umsetzen?

19. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um auf ein faires Verfahren und Wahrung der Menschenrechte für den inhaftierten früheren malaysischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Anwar Ibrahim hinzuwirken?
20. Abgeordneter
Anton Pfeifer
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung in der neuauftretenden Diskussion über die Verlegung des Sitzes des Goethe-Instituts von München nach Berlin?
21. Abgeordneter
Anton Pfeifer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an dem von der früheren Bundesregierung vertretenen Standpunkt fest, daß der Sitz des Goethe-Instituts in München verbleiben soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Werden nach der von der Bundesregierung geplanten Novelle zum Einbürgerungsrecht auch künftig Anforderungen an die Kenntnis der deutschen Sprache und die Prüfung dieser Kenntnis gestellt, die einbürgerungswillige ausländische Jugendliche und Erwachsene erfüllen müssen, und wie sind vor diesem Hintergrund Äußerungen vom Bundesminister des Innern, Otto Schily, vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 12. November 1998 zu verstehen, „eine ganz andere Frage“ sei, ob man das Erlernen der deutschen Sprache als Erfordernis in das Gesetz hineinschreiben müsse?
23. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen dem Bundesministerium des Innern über die stark gestiegene Kriminalität im Internet vor?
24. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Welche Hinweise hat die Bundesregierung hinsichtlich einer Zunahme von Störfällen und Angriffen auf IT-abhängige (IT: Informationstechnik) Infrastrukturen?

25. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Wieviel kostet die Steuerzahler die Entscheidung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, die vom Bundesrechnungshof angeregte Konzentration des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie auf den Standort Frankfurt am Main mindestens bis zum Ende des Jahres 2005 zu verschieben?
26. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Ist die Entfernung der Bundesflagge (Artikel 22 des Grundgesetzes) aus den Dienstzimmern des Bundeskanzlers und der Bundesministerinnen und -minister aufgrund einer generellen Dienstanweisung auf der Basis der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers oder infolge übereinstimmender Einzelentscheidungen der betroffenen Ministerinnen und Minister – ähnlich der religiösen Beteuerung anlässlich des Diensteiids – erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

27. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Wann wird die im Jahr 1998 beim Bundesministerium der Justiz eingesetzte Kommission „Strafrechtliches Sanktionssystem“ voraussichtlich ihren Abschlußbericht vorlegen, und beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Reform des strafrechtlichen Sanktionssystems in den Deutschen Bundestag einzubringen, bevor die Ergebnisse der Kommission „Strafrechtliches Sanktionssystem“ vorliegen?
28. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Ist von der Bundesregierung beabsichtigt, den Arbeitsauftrag der Kommission um bestimmte Themen, wie z. B. das sog. „Strafgeld“, zu erweitern, und wenn nein, warum nicht?
29. Abgeordneter
Ronald Pofalla
(CDU/CSU)
- Ist von der Bundesregierung beabsichtigt, den Arbeitsauftrag der im Jahr 1998 beim Bundesministerium der Justiz eingesetzten Kommission „Strafrechtliches Sanktionssystem“ um bestimmte Themen, wie z. B. „Strafbarkeit juristischer Personen“ oder „Gemeinnützige Arbeit als Hauptstrafe“, zu reduzieren, und wenn ja, warum?

30. Abgeordneter
Ronald Pofalla
(CDU/CSU)
- Ist von der Bundesregierung beabsichtigt, die Kommission vorzeitig aufzulösen bzw. von ihrem Auftrag zu entbinden, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

31. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll, die Steuern auf Heizöl und Erdgas – wie in den Ökosteuerplänen der Bundesregierung vorgesehen – zu erhöhen, während der umweltschädlichere Einsatz von Kohle im Wärmemarkt unbesteuert bleibt?
32. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU)
- Mit welchem DM-Betrag werden sich voraussichtlich die geplanten Energiesteuern in 1999 und in den Folgejahren auf die Haushalte der Kommunen auswirken?
33. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesrepublik Deutschland im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union zur vollständigen Aufklärung und Verhinderung von auch in der Öffentlichkeit stark diskutierten Fällen unkorrekter Mittelverwendung auf EU-Ebene gefordert, und welche Maßnahmen hat der Rat gegenüber der Kommission auf den Weg gebracht?
34. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung zu den Erwägungen der Kommission der Europäischen Union im Bericht zur Finanzierung der Europäischen Union vom 7. Oktober 1998 KOM (98) 560 endg., Telekommunikationsanlagen und Telekommunikationsdienstleistungen zu besteuern?
35. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit einer derartigen Steuer der technische Fortschritt und die Wettbewerbsfähigkeit behindert würden?

36. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, daß nunmehr auch die schwedische Regierung signalisiert hat, sie könne sich auch eine Verlängerung der Duty-free-Regelung vorstellen, Großbritannien eine dreijährige Verlängerung für denkbar hält und damit anders, als vor dem Deutschen Bundestag am 18. November 1998 festgestellt, sich die Mehrheitsverhältnisse zu einer Verlängerung hinbewegen, und welche Aktivitäten plant die Bundesregierung, um insbesondere die einer Verlängerung noch skeptisch gegenüberstehenden Staaten in Skandinavien und im Benelux von der Richtigkeit einer Verlängerung zu überzeugen?
37. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister der Finanzen, Oskar Lafontaine, das jüngste Treffen mit seinem Amtskollegen auf Europaebene – wie in der Fragestunde vom 18. November 1998 (vgl. Antwort auf Frage 2, Plenarprotokoll 14/7, S. 390 f.) in Aussicht gestellt – bereits zum Anlaß genommen, über das Thema Duty-free und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste mit seinen Amtskollegen zu diskutieren, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
38. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Auf welche Höhe beziffert die Bundesregierung die zu erwartenden Steuermindereinnahmen bei der von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Aktuellen Stunde am 19. November 1998 (s. Plenarprotokoll 14/8, S. 446 ff.) verkündeten 620-DM-Job-Regelung?
39. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Wie hoch ist der Einnahmeverlust bei den jeweiligen Bundesländern (Aufteilung nach Bundesländern), und welche mögliche Kompensation ist vorgesehen?
40. Abgeordneter
**Norbert
Schindler**
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundeskanzlers vom 18. November 1998, für die sog. „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ im Zuge der Neuregelung auf die Pauschalbesteuerung gänzlich zu verzichten?
41. Abgeordneter
**Norbert
Schindler**
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die bisherigen Steuereinnahmen pro Jahr aus der pauschalen Besteuerung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse?

42. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Sind Presseberichte zutreffend, nach denen der Bundesminister der Finanzen den Ländern und Gemeinden zugesagt hat, daß der Bund die sich aus der Neuregelung der „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ ergebenden Steuer ausfälle allein trägt?
43. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie hoch sollte die Staatsquote nach Auffassung der Bundesregierung langfristig sein, und in welchen Schritten will die Bundesregierung dieses Ziel erreichen?
44. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß ein Steuerpflichtiger trotz der im Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 vorgesehenen Streichung des § 10i EStG dann noch für 1999 in den Genuß des Vorkostenabzuges kommt, wenn z. B. der Abschluß des obligatorischen Rechtsgeschäftes in 1998, der Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums sowie die Eigennutzung aber erst in 1999 erfolgen?
45. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Welcher Teil der Steuermehreinnahmen aus dem Wegfall des § 10i EStG und der Verlängerung der Spekulationsfrist des § 23 EStG auf zehn Jahre im Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 entfällt nach Auffassung der Bundesregierung auf die vom Bonn-Berlin-Umzug Betroffenen, und hält es die Bundesregierung – um den Betroffenen Planungs- und Finanzierungssicherheit geben zu können – für erforderlich, einen Ausgleich in anderer Weise zu schaffen?
46. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu einer Verlängerung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland (Bundesfinanzverwaltung) und Radio Free Europe geschlossenen Gestattungsvertrages zum Betrieb einer Sendeanlage in Oberlindern (Landkreis Miesbach) über das Jahr 2005 hinaus?
47. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Gibt es weitere vertragliche Bindungen bezüglich amerikanischer Sendeanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?

48. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung den bisher noch nicht veröffentlichten Zeitplan für die Einbringung und Beratung des Haushaltsentwurfs 1999 für geeignet, die dringend notwendigen Investitionen für das Jahr 1999 zeitgerecht durchzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

49. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zur Umstrukturierung der deutschen Energiewirtschaft plant die Bundesregierung im einzelnen, um ihr CO₂-Reduktionsziel von 25 Prozent bis zum Jahr 2005 zu erreichen und zugleich ihre politische Vorgabe, „daß das Ziel, die CO₂-Emissionen um 25 Prozent zu reduzieren, nur mit einem Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie erreicht werden kann und nicht ohne“ (Plenarprotokoll 14/5, S. 292) einzuhalten?
50. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)
- Wie reagiert die Bundesregierung im Rahmen ihrer klima- und energiepolitischen Zielsetzungen auf die Aussage der Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, die im Zusammenhang mit einer denkbaren Stilllegung des Kernkraftwerks Brunsbüttel fordert: „In Brunsbüttel hätten wir gerne ein modernes Kohlekraftwerk.“ (Die Welt vom 16. November 1998)?
51. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)
- Will die Bundesregierung die derzeit bestehende direkte Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für die Sanierungstätigkeit der Wismut GmbH ändern?
52. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)
- Stimmt es, daß eine Altlastensanierungsgesellschaft gegründet werden soll, wo die verschiedenen Sanierungsaufgaben infolge des Braunkohle- oder des Kalibergbaus oder der Tätigkeit der Chemiekombinate oder der Wismut AG usw. zusammengefaßt werden sollen, und sollen in Zukunft deren Regie allein die neuen Bundesländer übernehmen?

53. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)
- In welcher Größenordnung werden die geplanten Energiesteuern die Geldentwertungsrate beeinflussen?
54. Abgeordneter
**Dr. Harald
Kahl**
(CDU/CSU)
- Will die Bundesregierung es zulassen, daß die Arbeitsfördergesellschaften Wismut Sachsen und Ostthüringen aufgelöst werden, die bislang den notwendigen Personalabbau in der Wismut GmbH sozialverträglich organisiert haben, obwohl durch diese Arbeitsfördergesellschaften über die vorgenannte Aufgabe hinaus z. Z. ca. 1 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen organisiert werden und durch die Wismut GmbH die Co-Finanzierung bereitgestellt wird?
55. Abgeordneter
**Dr. Harald
Kahl**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei Fortführung der Arbeitsfördergesellschaften Wismut Sachsen und Ostthüringen als Beschäftigungsförderungsgesellschaften weiterhin als Träger die Wismut GmbH einzusetzen und in gleichem Umfang finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt über die Finanzierungsmittel für die Sanierung hinaus als Personal- und Sachkostenaufwand zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

56. Abgeordneter
**Norbert
Otto
(Erfurt)**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE) Nummer 8 (ICE-Neubaustrecke Nürnberg — Erfurt — Leipzig — Berlin) in demselben Zeitraum und auf der vorgesehenen Trasse fortzuführen und fertigzustellen, wie es von der vorangegangenen Bundesregierung vorgegeben wurde, und wenn ja, ist sie dann bereit, sich ohne Einschränkung von der in den Anträgen der Fraktion der SPD (Drucksache 13/7081) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/4139) enthaltenen Ablehnung des VDE-Projektes Nummer 8 zu distanzieren?

57. Abgeordneter
Norbert Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung bei einer Ablehnung des Baus der ICE-Trasse über Erfurt (VDE Nummer 8) oder einer Änderung der Streckenführung, die dann nicht mehr die Thüringer Landeshauptstadt einschließt, einen Widerspruch zu den Aussagen vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Franz Müntefering, der in der Aussprache zur Regierungserklärung am 12. November 1998 sowie am 18. November 1998 im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eine zügige Fortführung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit in Aussicht gestellt hat?
58. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Sind die Verkaufsverhandlungen mit dem bisherigen Bieterkonsortium gestoppt worden, nachdem der Hauptpersonalrat der Deutschen Bahn AG im Oktober d. J. der beabsichtigten Veräußerung von rund 113 000 Wohnungen aus dem Bundeseisenbahnvermögen nicht zugestimmt hat, weil dadurch die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Eisenbahnerwohnungsgesellschaften als betriebliche Sozialeinrichtungen, wie in § 15 Abs. 2 des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes (DBGrG), vorgesehen, nicht mehr gewährleistet ist, und wie wird mit diesen Wohnungsbeständen weiter umgegangen?
59. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, im „SPIEGEL“ (Ausgabe 48/1998) angekündigten schärferen Kontrollen von Schiffen, die unter sog. „Billigflaggen“ fahren, in deutschen Häfen durchzusetzen und insbesondere auf europäischer Ebene einheitliche Standards für Bergung und Haftung bei Schiffsunfällen zu erreichen?
60. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Verlautbarung des Deutschen Mieterbundes vom 26. November 1998 bestätigen, wonach „eine konkrete Aussage der neuen Bundesregierung“ vorliege, das Wohngeld noch in 1999 zu erhöhen, und falls ja, in welcher Form hat die Bundesregierung einen solchen Beschluß gefaßt, den der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Franz Müntefering, in seinem Bericht vom 18. November 1998 an den Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über sein Arbeitsprogramm noch nicht erwähnte?

61. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Dietmar
Kansy**
(CDU/CSU)

Bezieht sich die in einer dpa-Meldung vom 26. November 1998 zitierte Ankündigung des o. g. Bundesministers, über die Höhe einer Wohngeldanpassung müsse noch gestritten werden, auf Beratungs- und Entscheidungsbedarf innerhalb der Bundesregierung und/oder mit den Länderfinanzministern, und ist damit ein Abgehen von noch vor der Bundestagswahl von maßgeblichen Mitgliedern der neuen Bundesregierung vertretenen Forderungen verbunden, zuerst einen konkreten Gesetzentwurf durch die Bundesregierung vorzulegen?

Bonn, den 27. November 1998